

## **Dieses Bundesland führt Deutschlands nie dagewesenen Windkraft-Ausbau an**

Welt, 16.01.2025, Daniel Wetzel

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus255138172/Erneuerbare-Energien-Dieses-Bundesland-fuehrt-den-nie-dagewesenen-Windkraft-Ausbau-an.html?sc\\_src=email\\_7175238&sc\\_lid=687381335&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=3884&sc\\_cid=7175238&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.7175238&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus255138172/Erneuerbare-Energien-Dieses-Bundesland-fuehrt-den-nie-dagewesenen-Windkraft-Ausbau-an.html?sc_src=email_7175238&sc_lid=687381335&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=3884&sc_cid=7175238&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.7175238&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Wirtschaftsminister Habeck kann vor seinem Abschied einen Erfolg verbuchen: 2024 wurden Windkraftanlagen mit 14.000 Megawatt Leistung genehmigt – ein Rekord. Ausgerechnet ein CDU-geführtes Bundesland tut sich dabei besonders hervor und führt das Ranking mit riesigem Abstand an.

Wenn sich der Grünen-Politiker Robert Habeck nach der Bundestagswahl am 23. Februar aus seinem Amt als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz verabschiedet, kann er trotz des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs zumindest in einem Punkt auf eine Rekordbilanz verweisen: Der Ausbau der Wind- und Solarkraft erreichte unter seiner Ägide nie dagewesene Größenordnungen.

So wurden im vergangenen Jahr Windkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als 14.000 Megawatt neu genehmigt. Die Bundesnetzagentur lobte zudem für 1890 Windkraft-Anlagen Subventionen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz aus. „Beide Werte stellen noch nie dagewesene Höchstwerte dar und werden in den kommenden Jahren zu einem spürbar wachsenden Zubau führen“, teilte der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA Power Systems) mit.

Laut der gemeinsam mit dem Bundesverband Windenergie (BWE) präsentierten Jahresbilanz wurden 2024 genau 635 Windräder in Deutschland neu gebaut und 555 ältere Türme abgerissen. Es bleibt ein Netto-Zubau von 80 Windrädern der modernsten und höchsten Art: Weil die Neuanlagen jeweils deutlich mehr Leistung haben als die Altanlagen, bleibt unter dem Strich ein Zuwachs von rund 2500 Megawatt – das entspricht der Leistung von drei konventionellen Großkraftwerken.

„Die Windenergie baut damit ihre Führungsrolle als wichtigster Energieträger im deutschen Strommix weiter aus“, erklärte BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek: „Umso wichtiger wird es, nun die Dynamik auch in der kommenden Legislaturperiode auf hohem Niveau zu verstetigen.“ Die neue Bundesregierung „muss es schaffen, diese Dynamik aufrechtzuerhalten“, forderte auch der Chef des Maschinenbau-Verbandes, Dennis Rendschmidt.

Sorgen, dass es anders kommen könnte, sind nicht völlig unbegründet. AfD-Chefin Alice Weidel hatte jüngst angekündigt, zumindest die im hessischen Reinhardswald geplanten Windkraftwerke im Falle einer Regierungsübernahme allesamt „niederreißen“ zu wollen. Sie sprach in diesem speziellen Fall von „Windmühlen der Schande“, die da im deutschen Märchenwald, der einst die Gebrüder Grimm inspiriert hatte, gebaut werden sollen. Allgemein nannte sie Windenergie „eine ineffiziente Form der Energieproduktion“.

Obwohl die AfD in Umfragen zuletzt aufholte, liegt die Union allerdings weiter deutlich vor der zweitplatzierten Partei – und ein Abbremsen des Windkraft-Ausbaus ist unter

der Ägide eines Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU) eher nicht zu erwarten. Jedenfalls tat sich im vergangenen Jahr ein CDU-geführtes Bundesland bei der Genehmigung neuer Windräder besonders hervor – und ließ sogar das grün geführte Baden-Württemberg um Längen hinter sich.

Während im großen Flächenland Baden-Württemberg im vergangenen Jahr nur 24 Windräder neu in Betrieb genommen wurden, waren es in Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) mit 154 gleich sechsmal mehr – obwohl NRW ebenso wenig ein sturmumtobtes Küstenland ist wie der deutsche Südwesten.

Noch deutlicher wird der Vorsprung von Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen bei einer anderen Kenngröße. Mit mehr als 4000 Megawatt wurden in NRW fast 30 Prozent aller neuen deutschen Windkraftprojekte genehmigt. Das ist fast doppelt so viel wie beim zweitplatzierten Küstenland Niedersachsen und gleich 13-mal mehr als in Baden-Württemberg neu genehmigt wurden.

Dass die CDU die Windkraft-Ambitionen gar nicht bremsen kann, selbst wenn sie wollte, zeigt exemplarisch der Kreis Höxter im Regierungsbezirk Detmold ganz im Osten von Nordrhein-Westfalen. Der Landkreis hat zwar nur einen Anteil von 0,3 Prozent an der Fläche Deutschlands. Doch wurden hier im Zuständigkeitsbereich des Landrats Michael Stickeln (CDU), genauso viel Windräder genehmigt, wie in Bayern, Baden-Württemberg, Südhessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammengenommen – und die stehen für 33 Prozent der deutschen Fläche. Nach den von Habeck erlassenen Gesetzen genießt Windkraft baurechtliche Privilegien, denen die Genehmigungsbehörden zu folgen haben.

Der Ausbau der Photovoltaik könnte zu regionalen Abschaltungen führen, warnen Experten. Der Grund sind die großen Solarstrom-Überschüsse, welche die Frequenz im Stromnetz aus dem Takt bringen. Wirtschaftsredakteur Daniel Wetzel erklärt das Problem.

Mit dem Genehmigungsrekord des vergangenen Jahres kommen die gesetzlichen Ausbauziele in Reichweite. Laut Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll bis 2030 eine Leistung von 115 Gigawatt Windkraft im Lande installiert sein. Aktuell bringen es die 28.766 Windräder onshore auf rund 63 Gigawatt.

Werden die Bau-Genehmigungen über rund 14 Gigawatt ab jetzt in jedem Jahr erreicht und auch umgesetzt, wird die EEG-Vorgabe erfüllt. Die Solarkraft ist mit ihrem Zubauvolumen von rund 17 Gigawatt im vergangenen Jahr bereits auf den Zielpfad eingeschwenkt. Sie muss laut EEG eine Leistung von 215 Gigawatt im Jahre 2030 erreichen, was ebenfalls einer Verdopplung in den kommenden fünf Jahren entspricht.

Die zahlreichen Probleme mit der Integration der wetterabhängigen, schwankenden Stromproduktion wurden von den Branchenverbänden bei ihrer Jahresbilanz adressiert. Allerdings sieht man hier vor allem die Politik in der Pflicht: Der Netz- und Speicherausbau müsse beschleunigt werden.

Auch fehle es an einem neuen Marktmodell für ein Energiesystem, das von schwankenden Erneuerbaren dominiert sei. Es brauche etwa „eine

Netzausbauoffensive sowie die Ertüchtigung der gesamten Infrastruktur, um Zubau und Anschluss dieser Rekordvolumina auch zu ermöglichen“, forderte Windkraft-Präsidentin Heidebroek.